



Die Begründung der Bezirkshauptmannschaft Braunau für die Absage einer NVP-Kundgebung im April in Braunau fiel eindeutig aus: „Sie ist eine rechtsextreme, fremdenfeindliche und rassistische Partei.“ Foto: APA

Rekordanstieg bei Einbrüchen in Häuser

Gesamtkriminalität in Österreich stieg im ersten Halbjahr um fünf Prozent

Michael Möseneder

Wien – Das private Sicherheitsgewerbe kann sich immer heftiger die Hände reiben: so häufig wie noch nie wurde im ersten Halbjahr in österreichische Einfamilienhäuser eingebrochen, die Alarmanlagen-Nachfrage wird steigen. Ein Plus von fast 40 Prozent verzeichnet die am Montag veröffentlichte Kriminalstatistik – über 700 Mal wurden im Monat Balkontüren eingeschlagen und Haustüren aufgebrochen. Wer eine Wohnung hat, lebt kaum sicherer. Hier stieg die kriminelle Aktivität um knapp neun Prozent auf 6536 Delikte.

Die Einbrecher sind es vor allem, die die polizeilichen Statistiken zu einer Plus-Orgie machen. Die Gesamtkriminalität kletterte zwischen Jänner und Juni insgesamt fast fünf Prozent nach oben, zeigen die Daten des Innenministeriums. In Wien bleibt die Lage besonders durchwachsen. Nominell gibt

es einen zwölfprozentigen Kriminalitätszuwachs. Diese Zahl trägt allerdings etwas: über 6000 Delikte gehören einem einzelnen Inter-netbetrüger. Zählt man das als eine Straftat, bleibt allerdings immer noch ein überdurchschnittliches Plus von 6,4 Prozent. Wirklich verheerend ist die Situation bei den Einbrüchen: 14 Prozent Anstieg bei Wohnungen und gar 65 Prozent bei Einfamilienhäusern.

„Höhepunkt überschritten“

Alfred Tikal, Leiter des Landeskriminalamtes Wien, schöpft dennoch Hoffnung: „Ich glaube bei den Einbrüchen ist der Höhepunkt überschritten.“ Man habe schließlich in den vergangenen Wochen mehrere Verdächtige auf frischer Tat ertappt, das könnte sich positiv auswirken, glaubt er.

Neben den Behausungen sind es die Taschendiebstähle, die den Kriminalisten Sorgen bereiten. Das Delikt steigt im Sommer traditio-

nell an – Touristen locken Gruppen werden an. Denn Einzelstäter gibt es in dieser Sparte kaum: einer lenkt ab, ein zweiter greift zu und der dritte verschwindet mit der Beute. Interessantes Detail: in Niederösterreich und dem Burgenland ist die Lage bei der Gesamtkriminalität bei weitem nicht so schlecht wie in der Bundeshauptstadt. In Niederösterreich stieg sie um 3,2 Prozent, im Burgenland gibt es sogar einen Rückgang um drei Prozent.

So schlechte Nachrichten überbringt die Wiener Polizeispitze ungern selbst. Die Anfrage des STANDARD, entweder Polizeipräsidenten Gerhard Pürstl oder seine Stellvertreterin zur Kriminalitätslage zu interviewen wurde schon in der Vorwoche abgelehnt. Was insofern interessant ist, da sich Pürstl im Wiener Raum sonst bereitwillig öffentlich äußert: er hat, für einen Spitzenbeamten ungewöhnlich, eine regelmäßige Kolumne in der Gratiszeitung *Heute*.

weiter das akkumulierte Wählerziel, die „Oberösterreichern eine politische Heimat zu geben, in der sie nicht belogen und betrogen werden.“ Nachsatz: „Man kann wieder wählen: Wir haben Heimat im Herzen.“ Abseits vom Heimatgefühl tritt die NVP, laut Parteiprogramm, vor allem für eine Aufhebung des NS-Verbotsgesetzes ein. Und: „Eine sofortige Einstellung von NS-Entscheidungskeldern für Opfer des NS-Regimes ist uns ein wichtiges Anliegen.“

Die Partei wurde Ende 2007 vom Innenministerium anerkannt. Mit Robert Falter wird im Antrittsfall eine wohlbekannte „Größe“ der rechtsextremen Szene um die Gunst der Wähler buhlen. Der Mitbegründer der NVP und gebürtige Bad Ischler war unter anderem Anführer der, laut DÖW, neonazistische Gruppen „Kameradschaft Germania“ und „Nationaldemokratisches Aktionsbüro“ (NDAB).

Im heurigen Jahr wurden nach massiven Protesten bereits mehrerer Aktivitäten der NVP von den Behörden verboten. Unter anderem hatte die NVP unter dem Titel „Mehr Demokratie – gegen totalitäre Systeme. Zum Gedenken der 100 Millionen Opfer des Kommunismus“ zum Marsch durch Hitlers Geburtsstadt Braunau aufgerufen. Das Datum der Demonstration, der 18. April, wäre zwei Tage vor dem Geburtstag Hitlers gelegen. Aktuell beschäftigt sich auch die Staatsanwaltschaft Wien mit der NVP: Als bekannt wurde, dass ein Kapitel im Parteiprogramm praktisch wortwörtlich aus einem Lehrplan der SS aus 1944 übernommen worden war, erstattete die KPÖ Anzeige wegen des Verdachts auf nationalsozialistische Wiederbetätigung.

Schutz der Öffentlichkeit un- bereits im Vorfeld un- Alle dies zeichnet nationale Volkspartei (NVP) aber offensichtlich kein indermis für ein Antre- htsausen-Partei bei der weichischen Landtags- 7. September 2009 dar- st vonseiten der Lan- hörde erklärte man sich s dato für nicht zustän- twortlich sei man „nur Kriterien“, nicht aber Prüfung von Wahlpro- Deutlich aktiver gegen bruck an der Wahlurne n jetzt aber an anderer le. Der innerhalb der Re- r die „Aufgabengruppe zuständige Landesrat (VTP) kündigte ein „ver- chliches Gutachten“ NVP an, da sich aus „ver- n öffentlichen Ausssa- Klärungsbedarf ergeben diese Gruppe gegen das ternetz verstößt.

„Anfechtung“

sch sei der zuständige hllheiliter „bereits seit Juni Bundesamt für Verfas- tz und Terrorismusbe- sowie der Sicherheitsdi- Kontakt, um Informatio- die Gruppe, die beteilig- en, deren Hintergründe zu erhalten“, erklärt Sigl. Zulässigkeit könne aber tichtigtag 11. August, vor- ssen da die Unterstüt- rungen, nicht entschei- n. Notwendig sind für gswahl insgesamt 400, ndestens jeweils 80 Un- gserklärungen in jedem Wahlkreise. Sigl: „Die

„Anwalt: „Adamovich unsensibel“

h Staatsanwaltschaft empört, Ex-Richter Wabl sieht sich hingegen bestätigt

lette M. Schmidt
Michael Simoner

cherweise über Mittäter von Wolf- gang Prikopil, weil sie vielleicht erpresst werde, so Adamovich.

Land Wien

Amt der Wiener Landesregierung
MA 22 – 881/2009

Öffentliche Bekanntmachung eines Antrags
(IPPC-Behandlungsanlage)